

Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 18.10.2017

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	22:50 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Stadtratsvorsitzende: stellv. Stadtratsvorsitzender Schriftführer/in:	Frau Pelke Herr Horn [REDACTED]

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)	
3.1.	Gehwegbeleuchtung Andreasstraße	2013/17
3.2.	Städtepartnerschaft Erfurt-Haifa	2094/17
4.	Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 06.09.2017	
5.	Aktuelle Stunde	

- | | | |
|--------|---|----------------|
| 6. | Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO) | |
| 6.1. | Dringliche Anfragen | |
| 6.1.1. | Dringliche Anfrage - Seniorenbegegnungsstätte Bornataltreff
Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU | 2099/17 |
| 6.1.2. | Dringliche Anfrage - Schließung Bäckerei-Filialen und Großbäckerei Eugen-Richter-Straße
Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN | 2102/17 |
| 6.1.3. | Dringliche Anfrage - Aktion "Biotonne Deutschland"
Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 2188/17 |
| 6.1.4. | Dringliche Anfrage - Brand bei der Erfurter Band Trén
Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 2191/17 |
| 6.2. | Anfragen | |
| 6.2.1. | Zukunft des ZUGHAFEN's
Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU | 1840/17 |
| 6.2.2. | Ersatzpflanzungen Bäume
Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU | 1974/17 |
| 6.2.3. | Krankenstand
Fragesteller: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU | 1975/17 |
| 6.2.4. | Facebookprofil "Oberbürgermeister Andreas Bausewein"
Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU | 1988/17 |
| 6.2.5. | Wegbefestigung am Ringelberg
Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU | 1990/17 |
| 6.2.6. | Radweg Leipziger Straße
Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU | 1991/17 |
| 6.2.7. | Fußweg Alach Richtung Bindersleben - Verwendung finanzieller Mittel des Ortsteilrates
Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU | 2006/17 |

6.2.8.	Provisorium Brühler Garten Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU	2065/17
6.2.9.	Maßnahmen in Molsdorf Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU	2071/17
6.2.10.	Streitigkeiten um Kinderstadtführungen Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.	1808/17
6.2.11.	Stand Ausschreibung Stadtgarten Fragesteller: Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE.	2067/17
6.2.12.	Bahnunterführung Leipziger Straße Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.	2069/17
6.2.13.	Betreuungsschlüssel und Eingruppierung in Vergütungs- gruppen Fragestellerin: Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2089/17
6.2.14.	Vorlage Personalausweis zur Wahl Fragestellerin: Frau Gabor, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2090/17
6.2.15.	Nachhaltige Stadtentwicklung und Brachflächenrecyc- ling mit EFRE-Mitteln Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2091/17
6.2.16.	Möglicher Fußgängerüberweg Mittelhausen Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄH- LER/FDP/PIRATEN	2086/17
6.2.17.	Bauliche Mängel Ulrich von Hutten Schule Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄH- LER/FDP/PIRATEN	2087/17
6.2.18.	Eisenbahnbrücke Leipziger Straße Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄH- LER/FDP/PIRATEN	2088/17
7.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
7.1.	Entsendung in den Sparkassenzweckverband Mittelthü- ringen - übrige Verbandsräte und in den Aufsichtsrat der	2169/17

Einr.: Fraktion CDU

8.5.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 0347/17 Leihfahrräder	2157/17
8.6.	Kulturgarage Haarbergstraße 06 in 99097 Erfurt für die Ortsteile Melchendorf und Wiesenhügel Einr.: Ortsteilbürgermeister Melchendorf, Ortsteilbürgermeister Wiesenhügel	0524/17
8.6.1.	Änderungsantrag der Ortsteilbürgermeister von Melchendorf und Wiesenhügel zur DS 0524/17 - Kulturgarage Haarbergstraße 06 in 99097 Erfurt für die Ortsteile Melchendorf und Wiesenhügel	1186/17
8.6.2.	Informationsaufforderung aus der Sitzung des StU vom 28.03.2017 zur DS 0524/17 - Kulturgarage Haarbergstraße 06 in 99097 Erfurt für die Ortsteile Melchendorf und Wiesenhügel - Auswirkungen Mittelumverteilung Projekt Soziale Stadt	0669/17
8.7.	Verkehrsentwicklungsplan - Teilkonzept Radverkehr, 1. Änderung Einr.: Oberbürgermeister	0616/17
8.8.	Kreativquartier ehemaliges Garnisonslazarett Einr.: Fraktion SPD	1035/17
8.9.	Konzept zur Erweiterung des Serviceangebotes an Erdbestattungsgräbern auf den Friedhöfen der Stadt Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	1049/17
8.9.1.	Antrag des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben zur DS 1049/17 - Konzept zur Erweiterung des Serviceangebotes an Erdbestattungsgräbern auf den Friedhöfen der Stadt Erfurt	2009/17
8.9.2.	Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 1049/17 - Konzept zur Erweiterung des Serviceangebotes an Erdbestattungsgräbern auf den Friedhöfen der Stadt Erfurt	2012/17
8.10.	Entwicklung eines Erfurter Baulandmodells Einr.: Oberbürgermeister	1308/17
8.11.	Alternative Betreibung des technischen Denkmals Neue	1468/17

	Mühle Einr.: Oberbürgermeister	
8.11.1.	Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1468/17 Alternative Betreibung des technischen Denkmals Neue Mühle	2160/17
8.12.	Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" - Sanierung Sportplatzgebäude Essener Straße 16 Einr.: Oberbürgermeister	1484/17
8.12.1.	Nachfrage aus der nicht öffentlichen Sitzung WA ESB vom 28.09.2017 - TOP 4.1. Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Ju- gend und Kultur" - Sanierung Sportplatzgebäude Essener Straße 16 (Drucksache 1484/17)	2058/17
8.13.	Kooperationsvertrag Theater Erfurt und der Thüringen Philharmonie Gotha Eisenach Einr.: Oberbürgermeister	1714/17
8.14.	Boden gut machen Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1716/17
8.15.	Kreuzungsvereinbarung zwischen der DB Netz AG und der Landeshauptstadt Erfurt, Beseitigung Kreuzungsanlage Geschwister-Scholl-Straße und Iderhoffstraße Einr.: Oberbürgermeister	1809/17
8.16.	Straffung der Verwaltungsstrukturen für den Petersberg Einr.: Fraktion CDU	1819/17
8.17.	2. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haus- haltsjahr 2017 Einr.: Oberbürgermeister	1827/17
8.18.	Mandatswechsel sachkundiger Bürger im Ausschuss Stadtentwicklung und Umwelt Einr.: Fraktion CDU	1885/17
8.19.	Straßennamenbenennung nach Dr. Helmut Kohl Einr.: Fraktion CDU	1886/17
8.19.1.	Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 1886/17	2182/17

Straßennamenbenennung nach Dr. Helmut Kohl

- | | | |
|-------|--|----------------|
| 8.20. | Erfurt beantragt zusätzliche Fördermittel im Bereich Klimaschutz
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 1903/17 |
| 8.21. | Ruhender Verkehr im GVZ
Einr.: Ortsteilbürgermeister Azmannsdorf, Ortsteilbürgermeisterin Büßleben, Ortsteilbürgermeisterin Hochstedt, Ortsteilbürgermeister Linderbach, Ortsteilbürgermeister Vieselbach | 2030/17 |
| 8.22. | Verhinderung der Schwächung der Infrastruktur im Ortsteil Kerspleben durch die Schließung der Postbankfiliale in Kerspleben
Einr.: Ortsteilbürgermeister Kerspleben | 2052/17 |
| 8.23. | Beitritt der Stadt Erfurt zum Netzwerk Biostädte
Einr.: Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN | 2066/17 |
| 8.24. | Übertragung Einwohneranfragen
Einr.: Fraktion CDU, Fraktion DIE LINKE., Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN | 2070/17 |
| 9. | Informationen | |

1. Eröffnung durch den Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, eröffnete die 33. öffentliche Stadtratssitzung der Wahlperiode 2014 - 2019 und begrüßte alle Stadratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Zu Beginn gratulierte er Frau Martina Rothe zur Wahl der Ortsteilbürgermeisterin Roter Berg und überreichte Blumen.

Sodann übergab der Oberbürgermeister die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Mediengruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch die für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständige Dienststelle festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der Mediengruppe Thüringen vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die Mediengruppe Thüringen für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob jemand der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag vom Rednerpult aus erfolgt, widerspricht. Widerspruch erhob sich nicht.

Darüber hinaus hat der Hauptausschuss in der Sitzung am 20.10.2015 die Zustimmung erteilt, dass alle Fraktionen für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mitschneiden dürfen.

Die Liste der grundsätzlich genehmigten Journalisten gemäß §15 (6) der Geschäftsordnung liegt in den Fraktionsgeschäftsstellen und der für die Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Dienststelle zur Einsichtnahme für die Sitzungsteilnehmer vor, teilte die Stadtratsvorsitzende weiterhin mit.

Frau Pelke stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgemäß nach § 35 Abs. 2 ThürKO erfolgte. Zu diesem Zeitpunkt waren 34 Mitglieder des Stadtrates anwesend. Da mindestens 26 Mitglieder des Stadtrates anwesend sein müssen, war der Stadtrat beschlussfähig, so die Stadtratsvorsitzende.

Sodann wurde den Stadtratsmitgliedern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, nachträglich gratuliert.

Weiterhin wies die Stadtratsvorsitzende darauf hin, dass die Pause entsprechend dem Verlauf der Tagesordnung in der Zeit von 18.30 Uhr bis 19.00 Uhr stattfindet.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Stadtratsvorsitzende gab folgende Änderungen zur Tagesordnung bekannt:

Folgende Drucksache sollte zusätzlich aufgenommen werden:

- Drucksache 2169/17
Entsendung in den Sparkassenzweckverband Mittelthüringen - übrige Verbandsräte und in den Aufsichtsrat der Erfurter Tourismus und Marketing GmbH
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende erklärte, dass zur Aufnahme in die Tagesordnung eine 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Stadtrates erforderlich sei.

Daraufhin ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	37
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Somit wurde die benötigte 2/3- Mehrheit erreicht und die Drucksache unter TOP 7.1 in die Tagesordnung aufgenommen.

Die folgenden Drucksachen sollten auf Antrag des Einreichers vertagt werden:

- TOP 8.1 – Drucksache 1938/16
Rechtliche Konsequenzen durch Bauverzögerungen und Baumängeln bei der Multifunktionsarena
Einr.: Fraktion CDU

Hierzu verlas die Stadtratsvorsitzende folgenden Hinweis: Die Drucksache wird auf Antrag des Einreichers vertagt bis der Werkausschuss Multifunktionsarena abschließend über die Vorlage beraten hat.

- TOP 8.14 – Drucksache 1716/17
Boden gut machen
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Weiterhin teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass zu folgenden Drucksachen gemäß der Abstimmung im Hauptausschuss am 17.10.2017 kein Redebedarf besteht:

- TOP 8.4 – Drucksache 0161/17
Feststellung des Jahresabschlusses 2016 des Eigenbetriebes Entwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 8.7 – Drucksache 0616/17
Verkehrsentwicklungsplan - Teilkonzept Radverkehr, 1. Änderung
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 8.15 – Drucksache 1809/17
Kreuzungsvereinbarung zwischen der DB Netz AG und der Landeshauptstadt Erfurt, Beseitigung Kreuzungsanlage Geschwister-Scholl-Straße und Iderhoffstraße
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 8.17 – Drucksache 1827/17
2. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2017
Einr.: Oberbürgermeister
- TOP 8.18 – Drucksache 1885/17
Mandatswechsel sachkundiger Bürger im Ausschuss Stadtentwicklung und Umwelt
Einr.: Fraktion CDU

Dagegen erhob sich kein Widerspruch. Somit werden diese Drucksachen ohne Diskussion sofort zur Abstimmung gestellt, so die Stadtratsvorsitzende.

Daraufhin beantragte Herr Henkel, Ortsteilbürgermeister Kerspleben, den TOP 8.22 – Drucksache 2052/17 - Verhinderung der Schwächung der Infrastruktur im Ortsteil Kerspleben durch die Schließung der Postbankfiliale in Kerspleben – vorzuziehen und zu Beginn der Entscheidungsvorlagen unter TOP 8 zu behandeln.

Über diesen Antrag ließ die Stadtratsvorsitzende abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	32
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	5

Damit wurde der Antrag bestätigt und die Drucksache 2052/17 in der Tagesordnung vorgezogen.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung gab es nicht.

3. Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)

Es lagen zwei Einwohneranfragen schriftlich beantwortet vor. Die Stadtratsvorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung. Danach können vom Fragesteller zwei Nachfragen gestellt und die Anfragen auf Hinweis der Stadtratsmitglieder und durch Beschluss ausschließlich auf die Tagesordnung der Sitzung der sachlich zuständigen Ausschüsse gesetzt werden.

3.1. Gehwegbeleuchtung Andreasstraße 2013/17

Hierzu teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass sich der Fragesteller bereits vorab für die Stadtratssitzung entschuldigte und seine Nachfrage schriftlich beantwortet wird.

zur Kenntnis genommen

3.2. Städtepartnerschaft Erfurt-Haifa 2094/17

Der Fragesteller war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

4. Genehmigung der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 06.09.2017

genehmigt Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

5. Aktuelle Stunde

Es lag kein Antrag vor.

6. Beantwortung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)

Die Anfragen lagen schriftlich beantwortet vor. Die Stadtratsvorsitzende verwies auf die Geschäftsordnung. Danach können vom Fragesteller zwei Nachfragen gestellt und die Anfrage durch Beschluss in den zuständigen Ausschuss verwiesen werden.

Zuerst erfolgte der Aufruf der dringlichen Anfragen. Die Stadtratsvorsitzende wies darauf hin, dass für eine Behandlung der Anfrage in der Sitzung die Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder stimmen müsse. Wenn diese Mehrheit erreicht sei, werden die Beantwortungen ausgereicht.

6.1. Dringliche Anfragen

- 6.1.1. Dringliche Anfrage - Seniorenbegegnungsstätte Borntal-
ltreff 2099/17
Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU

Zu Beginn begründete der Fragesteller die Dringlichkeit der Anfrage.

Sodann ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3-Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Die Nachfrage des Fragestellers wurde durch die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Jugend beantwortet.

Hierzu bat der Fragesteller, Herr Panse, um folgende Protokollnotiz:

Sollte sich das Gespräch mit der WBG in die Richtung entwickeln, dass der Seniorentreff möglicherweise nicht in der bestehenden Form weiterbetrieben wird, wird der Stadtrat erneut informiert um eine alternative Seniorenbegegnungsstätte im Borntal zu finden.

zur Kenntnis genommen

- 6.1.2. Dringliche Anfrage - Schließung Bäckerei-Filialen und 2102/17
Großbäckerei Eugen-Richter-Straße
Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄH-
LER/FDP/PIRATEN

Zu Beginn begründete der Fragesteller die Dringlichkeit der Anfrage.

Sodann ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3-Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Der Fragesteller Herr Stampf, verwies auf die Möglichkeit des Insolvenzgeldes. Er fragte nach, ob das Insolvenzgeld von der Firma bumüller back GmbH in Anspruch genommen wird sowie wie die Gespräche hinsichtlich der Großbäckerei in der Eugen-Richter-Straße verlaufen sind.

Der Oberbürgermeister und der Beigeordnete für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft gingen auf die Frage ein. Der Beigeordnete für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft informierte darüber, dass ca. 200 betriebsbedingte Kündigen erfolgt sind. Nach seinen Informationen hat ein Großteil der Gekündigten eine neue Arbeitsstelle gefunden.

Der Fragesteller Herr Stampf, bat abschließend um Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen. Dazu soll ein aktueller Sachstand zur Entwicklung der Großbäckerei in der Eugen-Richter-Straße sowie der Entwicklung der Filialen Elmi und Sternenbäck vorlegt werden.	Drucksache 2197/17
--	-----------------------

Die Verweisung der Anfrage in den zuständigen Ausschuss wurde mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.1.3. Dringliche Anfrage - Aktion "Biotonne Deutschland" 2188/17
Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Beginn begründete der Fragesteller die Dringlichkeit der Anfrage.

Sodann ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3-Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.1.4. Dringliche Anfrage - Brand bei der Erfurter Band Trén 2191/17
Fragesteller: Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN

Zu Beginn begründete der Fragesteller die Dringlichkeit der Anfrage.

Sodann ließ die Stadtratsvorsitzende über die dringliche Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Somit wurde die benötigte 2/3-Mehrheit erreicht.

Die Behandlung der Anfrage erfolgte nach den regulär eingereichten Anfragen.

Da gemäß der Beantwortung der Kulturausschuss in seiner Sitzung am 09. November 2017 über Ergebnisse und Lösungsansätze aus dem Gespräch zwischen der Kulturdirektion und der Band unterrichtet werden soll, verzichtete der Fragesteller auf eine Verweisung der Anfrage in den Kulturausschuss.

zur Kenntnis genommen

6.2. Anfragen

6.2.1. Zukunft des ZUGHAFEN's 1840/17
Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU

Der Fragesteller bedankte sich für die Beantwortung und beantragte die Verweisung der Anfrage in den Kulturausschuss unter Hinzuladung eines verantwortlichen der ZUGHAFEN MUSIK & EVENT GmbH, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.2. Ersatzpflanzungen Bäume 1974/17
Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU

zur Kenntnis genommen

6.2.3. Krankenstand 1975/17
Fragesteller: Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU

Der Fragesteller war nicht anwesend.

zur Kenntnis genommen

6.2.4. Facebookprofil "Oberbürgermeister Andreas Bausewein" 1988/17
Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU

Die Nachfragen des Fragestellers wurden durch den Oberbürgermeister, Herrn Bausewein, beantwortet.

zur Kenntnis genommen

6.2.5. Wegbefestigung am Ringelberg 1990/17
Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.6. Radweg Leipziger Straße
Fragesteller: Herr Kordon, Fraktion CDU

1991/17

Der Fragesteller beantragte die Verweisung der Anfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.7. Fußweg Alach Richtung Bindersleben - Verwendung finanzieller Mittel des Ortsteilrates
Fragesteller: Herr Hose, Fraktion CDU

2006/17

<p>Der Fragesteller Herr Hose kritisierte die Verfahrensweise sowie dass kein Vororttermin durchgeführt wurde. Er bat um Verweisung in den Bau- und Verkehrsausschuss unter Hinzuziehung des Ortsteilbürgermeisters Bindersleben.</p> <p>Auf die beiden Nachfragen des Fragestellers, sagte der Oberbürgermeister eine Prüfung zu.</p> <ol style="list-style-type: none">1. Warum wurde von der Verwaltung nicht das Gespräch gesucht und kein Ortstermin durchgeführt.2. Ist ein Vororttermin noch möglich?	<p>Drucksache 2192/17</p>
---	-------------------------------

Die Verweisung der Anfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss wurde mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.8. Provisorium Brühler Garten 2065/17
Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU

Die Nachfragen des Fragestellers wurden durch den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften, Herrn Hilge, beantwortet.

zur Kenntnis genommen

6.2.9. Maßnahmen in Molsdorf 2071/17
Fragestellerin: Frau Walsmann, Fraktion CDU

Die Nachfragen des Fragestellers wurden durch den amt. Amtsleiter des Garten- und Friedhofsamtes sowie durch die Beigeordnete für Finanzen beantwortet.

zur Kenntnis genommen

6.2.10. Streitigkeiten um Kinderstadtführungen 1808/17
Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.

zur Kenntnis genommen

6.2.11. Stand Ausschreibung Stadtgarten 2067/17
Fragesteller: Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE.

In Vertretung des Fragestellers beantragte Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, die mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt wurde.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.12. Bahnunterführung Leipziger Straße 2069/17
Fragesteller: Herr Bärwolff, Fraktion DIE LINKE.

zur Kenntnis genommen

6.2.17. Bauliche Mängel Ulrich von Hutten Schule
Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄH-
LER/FDP/PIRATEN

2087/17

<p>Der Fragesteller Herr Stassny, bat um Verweisung in den Ausschuss Bildung und Sport. Auf die beiden Nachfragen des Fragestellers, sagte der Oberbürgermeister eine Beantwortung zu.</p> <ol style="list-style-type: none">1. Wurden die Sanierungsarbeiten von der Stadt oder einer Firma ausgeführt und welche Leistungen sind erbracht worden (bitte einzeln auflisten, gemäß Abrechnung)2. Wie lange dauern in der Regeln Fördermittelbewilligungen durch das Land und wann ist mit einer Entscheidung zur Turnhalle der Huttenschule zu rechnen (Antwort auf erste Anfrage im Juni war, der Antrag ist bereits gestellt) bzw. welche Gründe liegen vor, dass das Land noch nicht entschieden hat?	<p>Drucksache 2193/17</p>
---	-------------------------------

Die Verweisung der Anfrage in den Ausschuss Bildung und Sport wurde mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

bestätigt.

Anfrage verwiesen in Ausschuss

6.2.18. Eisenbahnbrücke Leipziger Straße
Fragesteller: Herr Stassny, Fraktion FREIE WÄH-
LER/FDP/PIRATEN

2088/17

Die Nachfrage des Fragestellers wurde durch den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften, Herrn Hilge, beantwortet.

zur Kenntnis genommen

7. **Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen**
- 7.1. **Entsendung in den Sparkassenzweckverband Mittelthüringen - übrige Verbandsräte und in den Aufsichtsrat der Erfurter Tourismus und Marketing GmbH** 2169/17
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorliegt, die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird und der Einreicher der Drucksache mitteilte, den Vorschlag der Verwaltung hinsichtlich des Beschlusstextes zu übernehmen.

Da es keine Wortmeldungen gab, erfolgte sogleich die Abstimmung über die Drucksache.

mit Änderungen beschlossen Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Frau Steffi Hornbostel wird als übrige Verbandsrätin des Sparkassenzweckverbandes Mittelthüringen mit Datum des Stadtratsbeschlusses abberufen.

02

Herr Hans Jürgen Czentarra wird als übriger Verbandsrat in den Sparkassenzweckverband Mittelthüringen mit Datum des Stadtratsbeschlusses entsandt.

04

Frau Carola Hettstedt wird in den Aufsichtsrat der Erfurter Tourismus und Marketing GmbH mit Datum des Stadtratsbeschlusses entsandt.

8. **Entscheidungsvorlagen**
- 8.1. **Rechtliche Konsequenzen durch Bauverzögerungen und Baumängeln bei der Multifunktionsarena** 1938/16
Einr.: Fraktion CDU

vertagt

- 8.1.1. **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 1938/16 Rechtliche Konsequenzen durch Bauverzögerungen und Baumängeln bei der Multifunktionsarena** 2515/16

vertagt

- Beschlusspunkt 01: bestätigt Ja 4 Nein 0 Enthalten 2 Befangen 0
- Beschlusspunkt 02: bestätigt Ja 4 Nein 0 Enthalten 2 Befangen 0

Weiterhin teilte die Stadtratsvorsitzende mit, dass ein Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN mit Drucksache 2163/17 vorliegt. Dieser änderte die Anlage der Ursprungsdrucksache (Punkt 41). Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zudem lag ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 2185/17 vor. Dieser änderte die Anlage 3 der Ursprungsdrucksache und enthält die Änderungen der Ausschüsse.

Die Änderungen der Ausschüsse lagen den Fraktionen in einer zusammenfassenden Übersicht mit Datum vom 09.10.2017 vor, so die Stadtratsvorsitzende.

Von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde folgender Antrag als Tischvorlage eingereicht:

Die Anlage 3 wird im Handlungsfeld 1 / Was sind unsere Ziele? im Punkt 33 wieder auf die ursprüngliche Fassung gebracht.

~~*33. NEU – Mittelstandsförderung verstärken und Wachstum/Expansion bestehender Unternehmen sowie Neugründungen unterstützen*~~

33. Mittelstandsförderung maßgeblich verstärken und professionalisieren

Zudem lag folgender Antrag von Herrn Gloria, Fraktion SPD, als Tischvorlage vor:

Handlungsfeld 11 Klimaschutz, Klimaanpassung und Resilienz

Wo stehen wir?

- *Punkt 299 **Streichung:** intensive und großflächig betriebene Agrarindustrie im Stadtgebiet erhöht Risiko von Sturzfluten, verringerter Naherholungsqualität sowie Artenarmut und führt zur Beeinträchtigung von Stadtklima und Lebensräumen*

Es sprachen hierzu:

- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, führte zum bestehendem ISEK, dem Verfahrensweg zur Fortschreibung des ISEK und den vorliegenden Handlungsfeldern aus. Zudem nahm er Bezug auf die Arbeitsprozesse der Arbeitsgruppe zum ISEK.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begründete die Intention des vorliegenden Antrages seiner Fraktion.
- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, bedankte sich für die Arbeit der Arbeitsgruppe zur Thematik, sah jedoch keinen so eindeutigen Konsens wie sein Vorredner. Vielmehr kritisierte er die jetzige Dringlichkeit im Hinblick auf die monatelange Vorbereitung der Handlungsfelder seitens der Verwaltung. Dahingehend begründete er die Ablehnung der Drucksache im Namen seiner Fraktion und hinterfragte zugleich die Drucksache 1919/17, (Verwaltungsentwurf zum ISEK) die Grundlage für

eine am 19.10.2017 stattfindende Beratung der Ortsteilbürgermeister ist, aber den Stadträten nicht vorliegt.

- Herr Hilge, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften, verwies auf die erfolgten Informationen über das Verfahren und wehrte Kritik gegenüber den Mitarbeitern der Verwaltung ab. Der Bund habe die Forderung aufgemacht das ISEK bis Ende des Jahres voranzutreiben und somit sei die Vorlage von Handlungsfeldern und eines Verwaltungsentwurfs bis Ende dieses Jahres die Bedingung um weitere Städtebaufördermittel generieren zu können.
- Herr Hose, Fraktion CDU, fragte nach, wann beschlossen wurde, ein neues ISEK zu erstellen und ob nicht eine stetige jährliche Fortschreibung des ISEK erfolgen müsse.
- Hierzu erklärte der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und –planung, dass der Beschluss im September 2014 gefasst wurde und das ISEK seit dem in der kontinuierlichen Bearbeitung ist. Eine jährliche Fortschreibung sei hinsichtlich des Umfangs nicht möglich und auch in anderen Kommunen nicht üblich. Die Handlungsfelder bilden das inhaltliche Grundgerüst des ISEK und in der ersten Vorstellung am 19.10.2017 erhalten die Ortsteilbürgermeister zunächst einen Verwaltungsentwurf, der ebenfalls im nächsten Turnus in die Vorberatungen der Ausschüsse geht und nicht abhängig von der Beschlussfassung über die Handlungsfelder ist, verkündete er.

Herr Panse bat um die Angabe des Datums, wann der Stadt mitgeteilt wurde, dass ein ISEK bis Ende dieses Jahres vorgelegt werden soll.	Drucksache /17
Hierzu sicherte der Leiter des Amtes für Stadtentwicklung und –planung eine schriftliche Beantwortung zu.	

- Herr Gloria, Fraktion SPD, ging auf die Formulierungen der Handlungsfelder insbesondere die Landwirtschaft betreffend ein und begründete seinen vorliegenden Antrag.
- Herr Stampf, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN, erläuterte die Intention des Antrages seiner Fraktion.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, erläuterte seine Sichtweise und nahm Bezug zu den Aussagen seines Vorredners.
- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., äußerte sein Unverständnis zu der Kritik der Fraktion CDU mit dem Hinweis, dass an der Arbeitsgruppe und im Verfahren alle Fraktionen beteiligt waren. In seinen Ausführungen ging er auf das breite Spektrum der Handlungsfelder ein und begrüßte diese als Zielrichtung für die Stadtentwicklung in den nächsten Jahren.
- Herr Prof. Dr. Thumfart warb abschließend für die Zustimmung zu den Handlungsfeldern als Grundlage für die weitere Bearbeitung des ISEK.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Sodann erläuterte die Stadtratsvorsitzende zunächst den Abstimmungsvorschlag und die –reihenfolge.

Zu Beginn rief die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN (Drucksache 2163/17), der die Anlage der Ursprungsdrucksache im Punkt 41 änderte, zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 24
Enthaltungen: 12

Damit wurde dieser Antrag abgelehnt.

Weiterhin erfolgte die Abstimmung des Antrages der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 2185/17), der die Anlage 3 der Ursprungsdrucksache änderte.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 27
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 14

Somit wurde dieser Antrag bestätigt.

Sodann rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der als Tischvorlage eingereicht wurde, auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 28
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 13

Damit wurde dieser Antrag ebenfalls bestätigt.

Anschließend wurde der Antrag von Herrn Gloria, der ebenfalls als Tischvorlage eingereicht wurde, abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 1
Nein-Stimmen: 20
Enthaltungen: 20

Damit wurde dieser Antrag abgelehnt.

Abschließend rief die Stadtratsvorsitzende zur Endabstimmung über die Drucksache inkl. der zuvor bestätigten Änderungen auf.

Im Anschluss an die Abstimmung erfolgte die Pause.

mit Änderungen beschlossen Ja 28 Nein 11 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss

01

Die fortgeschriebenen Handlungsfelder für das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (I-SEK) 2030 der Landeshauptstadt Erfurt (Anlage 1) werden beschlossen und dem weiteren Planungsprozess am ISEK zu Grunde gelegt.

02

Die Änderungsvorschläge zu den Handlungsfeldern gemäß Anlage 3 aus der erneuten Ämterbeteiligung werden bestätigt. Die Handlungsfelder sind entsprechend zu ändern.

Hinweis: die Fortschreibung der Handlungsfelder für das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) 2030 der Landeshauptstadt Erfurt sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

8.2.1. Antrag der Fraktion Freie Wähler, FDP, Piraten zur Drucksache 2507/16 Fortschreibung ISEK Erfurt 2030 - Handlungsfelder 2163/17

abgelehnt Ja 5 Nein 24 Enthaltung 12 Befangen 0

8.2.2. Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 2506/17 - 2507/16 - Fortschreibung ISEK Erfurt 2030 - Handlungsfelder 2185/17

bestätigt Ja 28 Nein 0 Enthaltung 13 Befangen 0

8.2.3. Nachfrage aus der nicht öffentlichen Sitzung WuB vom 28.09.2017 - TOP 4.1. Fortschreibung ISEK Erfurt 2030 - Handlungsfelder (Drucksache 2507/16) 2056/17

zur Kenntnis genommen

8.3. Feststellung des Jahresabschlusses 2016 der HYMA-die Hydrauliker GmbH, Erfurt
Einr.: Oberbürgermeister 0158/17

Der Tagesordnungspunkt wurde nach der Pause aufgerufen.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen am 28.09.2017 die Drucksache bestätigte (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Da keine Wortmeldungen vorlagen, rief die Stadtratsvorsitzende zur Abstimmung über die Drucksache auf.

beschlossen Ja 24 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

Beschluss

01 Der Jahresabschluss 2016 der HYMA-die Hydrauliker GmbH mit einer Bilanzsumme von 1.109.347,04 EUR und einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 308.610,68 EUR wird festgestellt.

02 Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 308.610,68 EUR ist auf neue Rechnung vorzutragen.

8.4. Feststellung des Jahresabschlusses 2016 des Eigenbetriebes Entwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Erfurt 0161/17
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Werkausschuss Entwässerungsbetrieb am 28.09.2017 die Drucksache bestätigte (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung der Drucksache.

beschlossen Ja 28 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss:

01

Der Jahresabschluss 2016 des Entwässerungsbetriebes der Landeshauptstadt Erfurt wird mit einer Bilanzsumme von 305.800.361,14 EUR und einem Jahresgewinn von 7.354.227,51 EUR festgestellt.

02

Der Jahresgewinn von 7.354.227,51 EUR wird wie folgt verwendet:

- die für das Wirtschaftsjahr 2016 geplante Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 3.750.000,00 EUR wird an den städtischen Haushalt abgeführt,
- die verbleibenden 3.604.227,51 EUR werden in die Allgemeine Rücklage des Entwässerungsbetriebes eingestellt.

03

Dem Werkleiter Herrn Hans-Dieter Ludwig wird für das Wirtschaftsjahr 2016 Entlastung erteilt. Dem Oberbürgermeister wird für das Wirtschaftsjahr 2016 Entlastung erteilt.

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Stadtrat am 11.05.2017 die Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss verwiesen hat. Der Bau- und Verkehrsausschuss hat am 17.08.2017 die Drucksache abgelehnt (Ja 1 Nein 4 Enthaltung 4 Befangen 0) Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Weiterhin lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 2157/17 vor. Dieser ändert die Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich:

- Herr Kordon, Fraktion CDU, begründete den Antrag seiner Fraktion und verwies darauf, dass die Stellungnahme der Verwaltung positiv sei. Auf Nachfrage von Herrn Stassny, Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler/ FDP/ PIRATEN übernahm Herr Kordon die Änderung im Beschlusspunkt 03 (...~~März 2018~~ Ende 2018..) wie in der Stellungnahme der Verwaltung dargestellt .
- Herr Kanngießner, Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, verwies auf das Verkehrskonzept zur BUGA. Seiner Meinung nach sollte die Drucksache nochmal im Bau- und Verkehrsausschuss behandelt werden, wenn das Verkehrskonzept BUGA vorliegt. Er stellte den Antrag die Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss zu verweisen.
- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., bat darum die Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss zu verweisen und die zuständigen Vertreter der Fachhochschule dazu einzuladen.
- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, sah es ebenfalls für sinnvoll an, die Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss zu verweisen. Derzeit sei die Drucksache noch nicht zustimmungsfähig.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor, somit stellte die Stadtratsvorsitzende den Antrag auf Verweisung in den Bau- und Verkehrsausschuss zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja Stimmen	20
Nein Stimmen	0
Enthaltungen	14

Somit wurde die Drucksache in den Bau- und Verkehrsausschuss verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, stellte die Stadtratsvorsitzende die Drucksache in Fassung des Antrages der Ortsteilbürgermeister von Melchendorf und Wiesenhügel (Drucksache 1186/17) zur Abstimmung.

mit Änderungen beschlossen Ja 26 Nein 2 Enthaltung 14 Befangen 0

Beschluss

- 01 Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Garage der ehemaligen FFW Melchendorf in der Haarbergstraße 06 als Projekt "Kulturgarage" zu unterstützen und das Gebäude als Bürger- und Vereinszentrum in die Verantwortung der beiden Ortsteile zu überführen.
- 02 Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die dem Eigenanteil entsprechenden Fördermittel in Höhe von 44.000 Euro anzufordern.
- 03 Zur Sitzung des Erfurter Stadtrates im September 2017 legen die Ortsteilbürgermeister von Melchendorf und Wiesenhügel dem Stadtrat ein Nutzungs- und Betreiberkonzept "Kulturgarage SüdOst" zur Abstimmung vor.
- 04 Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bis dahin alle Voraussetzungen zur Zulassung und Genehmigungsfähigkeit des Projektes "Kulturgarage SüdOst" zu schaffen.

8.6.1. Änderungsantrag der Ortsteilbürgermeister von Melchendorf und Wiesenhügel zur DS 0524/17 - Kulturgarage Haarbergstraße 06 in 99097 Erfurt für die Ortsteile Melchendorf und Wiesenhügel 1186/17

bestätigt

8.6.2. Informationsaufforderung aus der Sitzung des StU vom 28.03.2017 zur DS 0524/17 - Kulturgarage Haarbergstraße 06 in 99097 Erfurt für die Ortsteile Melchendorf und Wiesenhügel - Auswirkungen Mittelumverteilung Projekt Soziale Stadt 0669/17

zur Kenntnis genommen

8.7. Verkehrsentwicklungsplan - Teilkonzept Radverkehr, 1. 0616/17
Änderung
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Bau- und Verkehrsausschuss am 21.09.2017 die Drucksache einstimmig (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) bestätigt hat. Weiterhin hat der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache am 26.09.2017 einstimmig (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) bestätigt.

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 3 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 42 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Die Verlegung der Hauptroute Radialroute 2 (Nordachse) zwischen Gubener Straße (Gispersleben) und Karlstraße (Andreasvorstadt) im Radverkehrsnetz wird bestätigt.

02

Die Verlegung der Freizeitverbindung Gera-Radweg zwischen Riethstraße und Karlstraße (Bereich der Nördlichen Gera-Aue) im Radverkehrsnetz wird bestätigt.

03

Die Verlegung der Hauptroute Radialroute 9 (Südwestachse) und Freizeitverbindung Gera-Radweg/ Thüringer Städtekette von Bischleben nach Möbisburg von der Straße Im Kleinen Feld auf den bahnparallelen Weg im Radverkehrsnetz wird bestätigt.

8.8. Kreativquartier ehemaliges Garnisonslazarett 1035/17
Einr.: Fraktion SPD

Die Stadtratsvorsitzende gab folgendes bekannt:

Der Stadtrat hat am 06.09.2017 die Drucksache in den Ausschuss Stadtentwicklung und Umwelt, den Kulturausschuss sowie den Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt verwiesen. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Der Ausschuss zur Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt hat am 19.09.2017 die Drucksache bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat am 26.09.2017 die Beschlusspunkte der Drucksache wie folgt Einzel abgestimmt:

- Beschlusspunkt 01:

bestätigt Ja 9 Nein 0 Enthalten 1 Befangen 0

- Abstimmung des Beschlusspunktes 02 unter Streichung des Wortes „*planungsrechtlich*“

bestätigt Ja 9 Nein 0 Enthalten 1 Befangen 0

- Beschlusspunkt 3:

bestätigt Ja 7 Nein 2 Enthalten 1 Befangen 0

Der Kulturausschuss hat am 28.09.2017 die Drucksache bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, erläutere die Hintergründe der Drucksache und übernahm als Einreicher die Änderung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt im Beschlusspunkt 02 - Streichung des Wortes „*planungsrechtlich*“ . Er bat um Zustimmung zur Drucksache in der geänderten Form.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, befürwortet die Drucksache und sah dies als Bereicherung für die Willy Brand School of Public Policy.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, stellte die Stadtratsvorsitzende wie im Hauptausschuss am 17.10.2017 vereinbart die Beschlusspunkte einzeln zur Abstimmung.

Beschlusspunkt 01

Der Stadtrat beschließt, das Garnisonslazarett ab 2022 als Kreativquartier zu nutzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	41
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	1

Beschlusspunkt 02 mit der folgenden Änderung

*Der Stadtrat fordert den Oberbürgermeister auf, **planungsrechtlich** das Quartier ehemaliges Garnisonslazarett nach der BUGA 2021 als Kreativ/Kunstquartier festzuschreiben. Das Areal liegt im Sanierungsgebiet*

- *Schaffung von Atelier- und Arbeitsräumen für Kulturschaffende in den Gebäuden A, B, C und D unter Beachtung des Denkmalschutzes.*
- *Sanierung auf einfachem Niveau.*
- *Beibehaltung der Freiraumkonzeption des Eingangsbereiches der BUGA 2021.*
- *Ermöglichung der Einrichtung von Ausstellungsräumen und Café.*
- *Festschreibung als „Kreativquartier“. In diesem sollen Räume für Künstler bzw. Akteure der Kreativwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.*

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	40
Nein-Stimmen	0
Enthaltungen	2

Beschlusspunkt 03

Für die Betreuung des Quartiers ist eine eigenständige Gesellschaftsform zu finden, welche die Verwaltung und Betreuung übernimmt und die Interessen der Stadt und der Kreativ-Kunstszene vertritt. Ab 2022 ist die Nutzung durch den Betreiber zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	28
Nein-Stimmen	13
Enthaltungen	1

Beschluss

01

Der Stadtrat beschließt, das Garnisonslazarett ab 2022 als Kreativquartier zu nutzen.

02

Der Stadtrat fordert den Oberbürgermeister auf, das Quartier ehemaliges Garnisonslazarett nach der BUGA 2021 als Kreativ/Kunstquartier festzuschreiben. Das Areal liegt im Sanierungsgebiet.

Dazu werden die Sanierungsziele im Rahmen der Sanierungssatzung wie folgt präzisiert:

- Schaffung von Atelier- und Arbeitsräumen für Kulturschaffende in den Gebäuden A, B, C und D unter Beachtung des Denkmalschutzes.
- Sanierung auf einfachem Niveau.
- Beibehaltung der Freiraumkonzeption des Eingangsbereiches der BUGA 2021.
- Ermöglichung der Einrichtung von Ausstellungsräumen und Café.
- Festschreibung als „Kreativquartier“. In diesem sollen Räume für Künstler bzw. Akteure der Kreativwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

03

Für die Betreuung des Quartiers ist eine eigenständige Gesellschaftsform zu finden, welche die Verwaltung und Betreuung übernimmt und die Interessen der Stadt und der Kreativ-Kunstszene vertritt. Ab 2022 ist die Nutzung durch den Betreiber zu übernehmen.

8.9. Konzept zur Erweiterung des Serviceangebotes an Erdbestattungsgräbern auf den Friedhöfen der Stadt Erfurt 1049/17
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Hochstedt die Drucksache abgelehnt hat. Alle weiteren beteiligten Ortsteilräte haben die Drucksache bestätigt.

Vom Ortsteilbürgermeister Kerspleben lag ein Antrag mit Drucksache 2009/17 vor. Dieser änderte und ergänzte die Anlagen 1,2 und 3 der Ursprungsdrucksache. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Der Bau- und Verkehrsausschuss hat am 21.09.2017 die Drucksache mit folgender Änderung (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0) bestätigt:

Streichung der Sätze in der Anlage 1 – Konzept:

„Auf dem Hauptfriedhof kann aus beiden Varianten gewählt werden, auf den Ortsteilfriedhöfen kommt nur eine Variante zum Einsatz.“ (Seite 1, Abs. 4, Satz 2)

Sowie des Satzes:

„Diese Variante ist nur für den Hauptfriedhof angedacht.“ (Seite 1, Abs. 5, Satz 3)

Hierzu lag ein Antrag des Oberbürgermeisters mit Drucksache 2012/17 vor. Dieser enthält die Änderungen des Bau- und Verkehrsausschusses sowie die Anregungen der Ortsteilräte.

Frau Walsmann, Fraktion CDU, ging in ihrem Redebeitrag auf die Hintergründe der Drucksache und den dahingehenden Ursprungsantrag der CDU Fraktion ein. Sie begrüßte die Drucksache sowie die Änderung der Verwaltung. Weiterhin begründete Sie die Enthaltung ihrer Fraktion zum Antrag des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, stellte die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben (Drucksache 2009/17) zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 0

Nein-Stimmen: 26

Enthaltungen: 16

Somit wurde der Antrag abgelehnt.

Anschließend wurde die Drucksache in Fassung des Antrages des Oberbürgermeisters (Drucksache 2012/17) zur Abstimmung gestellt.

mit Änderungen beschlossen Ja 42 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

01

Das Konzept zur Erweiterung des Serviceangebotes an Erdbestattungsgräbern auf den Friedhöfen der Landeshauptstadt Erfurt(Anlage 1) wird bestätigt.

Hinweis:

Die Konzept zur Erweiterung des Serviceangebotes an Erdbestattungsgräbern auf den Friedhöfen der Landeshauptstadt Erfurt(Anlage 1) liegt als Anlage 2 der Niederschrift bei.

**8.9.1. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Kerspleben zur DS 2009/17
1049/17 - Konzept zur Erweiterung des Serviceangebotes
an Erdbestattungsgräbern auf den Friedhöfen der Stadt
Erfurt**

abgelehnt Ja 0 Nein 26 Enthaltung 16 Befangen 0

**8.9.2. Antrag des Oberbürgermeisters zur Drucksache 1049/17 - 2012/17
Konzept zur Erweiterung des Serviceangebotes an Erdbe-
stattungsgräbern auf den Friedhöfen der Stadt Erfurt**

bestätigt

**8.10. Entwicklung eines Erfurter Baulandmodells 1308/17
Einr.: Oberbürgermeister**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt am 26.09.2017 die Drucksache bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen) hat. Die Fraktion CDU kündigte im Vorfeld einen Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt an.

An der Diskussion beteiligten sich zum Teil mehrfach:

- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, sprach verschiedene Aspekte an, die nochmal im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt besprochen werden sollten. Er warb für eine Anhörung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt der Kowo und von weiteren betroffenen Wohnungsunternehmen. Weiterhin ging er darauf ein, dass für die Mittelschicht Wohnungen benötigt werden und dafür Perspektiven aufgezeigt werden sollten.
- Herr Bärwolff, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE., sprach sich gegen eine Verweisung aus und begründete dies damit, dass mit der vorliegenden Drucksache erst ein Gutachten beauftragt wird. Weiterhin ging er auf die benötigte Vergaberichtlinie für städtische Grundstücke ein.
- Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN, ging auf einen Antrag seiner Fraktion im Jahr 2012 ein, der diese Intensionen bereits beinhaltete. Er sprach sich ebenfalls gegen eine erneute Verweisung aus.

- Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, ging auf den Redebeitrag von Herrn Kallenbach ein. Er sah die Senkung des Stellplatzschlüssels als mögliche Maßnahme, um den Investoren entgegen zu gehen. Weiterhin sprach er die benötigte Vergaberichtlinie für den Verkauf von städtischen Gebäuden sowie das Klimaschutzkonzept an.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, ging auf den Wohnungsbedarf für die Mittelschicht und der damit zusammenhängenden Probleme durch die vorliegende Drucksache ein. Demzufolge sah er ebenfalls noch Diskussionsbedarf und warb für die Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt. Weiterhin plädierte er dafür die Wohnungsbaugenossenschaften mehr einzubeziehen und zeigte Beispiele auf.
- Herr Warnecke, Vorsitzender der Fraktion SPD, sprach sich gegen eine Verweisung aus. Er hinterfragt die Definition der Mittelschicht. Seiner Meinung nach war die von Herrn Stassny angesprochenen Entscheidungsvorlage vor 5 Jahren noch nicht umsetzbar.

Während des Tagesordnungspunktes übernahm der stellvertretende Stadtratsvorsitzende Herr Horn die Sitzungsleitung von 21:00 Uhr bis 21:13 Uhr.

Abschließend stellte die Stadtratsvorsitzende den Antrag der Fraktion CDU auf Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja Stimmen	14
Nein Stimmen	26
Enthaltungen	0

Somit wurde der Antrag abgelehnt.

Anschließend stellte die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung.

beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 13 Befangen 0

Beschluss:

01

Für die Landeshauptstadt Erfurt soll ein Baulandmodell entwickelt werden mit der Zielstellung, künftig in allen planbedürftigen Wohnungsbauprojekten einen bindenden Mindestanteil an sozialem Wohnungsbau vorzusehen. Die Erarbeitung des Baulandmodells einschließlich der erforderlichen Gutachten sollen vorbehaltlich der Haushaltslage umgehend beauftragt werden.

02

Dem Erfurter Baulandmodell sollen folgende Eckpunkte zugrunde gelegt werden:

- Schwerpunkt auf der Neuerstellung mietpreisgebundener Wohnungsbestände.
- Verbesserung der bzw. Aufrechterhaltung einer guten sozialen Durchmischung im Quartier

- Anwendung des Modells ausschließlich bei Neubau- und Umnutzungsvorhaben, für deren Zulässigkeit ein Bebauungsplan aufgestellt werden muss ("planbedürftige Vorhaben")
- Als Richtwert für den verpflichtenden Anteil von belegungs- und mietpreisgebundenem Wohnraum ist für die Konzeptausarbeitung 20 Prozent aller jeweils geplanter Wohnungen zu Grunde zu legen.
- Einsatz, Ausschöpfung und Verstetigung der von Bund und Freistaat angebotenen Fördermöglichkeiten des sozialen Wohnungsbaus

03

Die betroffenen Verbände und Akteure der Wohnungswirtschaft sind in die Erarbeitung mit einzubeziehen. Mit dem Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft sind Gespräche zu führen mit dem Ziel, eine Verstetigung der Wohnungsbauförderung als verlässliche Kalkulationsgrundlage für die Bauherren zu erreichen.

8.11. Alternative Betreuung des technischen Denkmals Neue 1468/17
 Mühle
 Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab folgendes bekannt.

Der Kulturausschuss hat am 28.09.2017 die Drucksache bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0). Weiterhin hat der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen am 28.09.2017 die Drucksache mit folgender Ergänzung im Beschlusswortlaut

01

*Die Verwaltung prüft eine alternative Betreibbarkeit des technischen Denkmals Neue Mühle und bindet dabei die Stadtwerke Erfurt ein. **Das Ergebnis der Prüfung der Betreibbarkeit ist den zuständigen Ausschüssen und dem Stadtrat zur weiteren Entscheidung vorzulegen.***

bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die Änderung fand fraktionsübergreifenden Konsens und soll im Stadtrat "in Fassung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen" abgestimmt werden.

Es lag ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 2160/17 vor. Dieser ergänzt den Beschlusspunkt 01 der Ursprungsdrucksache.

Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vor.

Zunächst begründete Herr Prof. Dr. Pistner, Fraktion CDU den Antrag seiner Fraktion. Eine weitere Aufgabe den Stadtwerken Erfurt zu übertragen sah er kritisch. Weiterhin kritisierte er die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, sah eine Möglichkeit die Neue Mühle als Energieberatungszentrum zu nutzen und bat um ernsthafte Prüfung dahingehend.

Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten, zeigte seine persönliche Meinung. Er sah eine Übertragung einer weiteren der Aufgabe an die Stadtwerke Erfurt skeptisch. Daher werde er die Drucksache ablehnen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, stellte die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 2160/17) zur Abstimmung. Dieser wurde mit

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 28
Enthaltungen: 2

abgelehnt.

Anschließend wurde die Drucksache 1468/17 in Fassung des Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen (Ergänzung Beschlusspunkt 01 "Das Ergebnis der Prüfung der Betreibbarkeit ist den zuständigen Ausschüssen und dem Stadtrat zur weiteren Entscheidung vorzulegen.") zur Abstimmung gestellt.

mit Änderungen beschlossen Ja 29 Nein 11 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

01

Die Verwaltung prüft eine alternative Betreibbarkeit des technischen Denkmals Neue Mühle und bindet dabei die Stadtwerke Erfurt ein. Das Ergebnis der Prüfung der Betreibbarkeit ist den zuständigen Ausschüssen und dem Stadtrat zur weiteren Entscheidung vorzulegen.

02

Im ersten Quartal 2018 wird dem Stadtrat ein Konzept für eine alternative Betreibung des technischen Denkmals Neue Mühle vorgelegt.

8.11.1. Antrag der Fraktion CDU zur Drucksache 1468/17 Alternative Betreibung des technischen Denkmals Neue Mühle 2160/17

abgelehnt Ja 12 Nein 28 Enthaltung 2 Befangen 0

8.12. Bundesprogramm "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" - Sanierung Sportplatzgebäude Essener Straße 16 Einr.: Oberbürgermeister 1484/17

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ortsteilrat Rieth die Drucksache am 19.09.2017 bestätigt (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0, Befangen 0) hat. Der Werkausschuss Erfurter Sportbetrieb hat am 28.09.2017 die Drucksache bestätigt (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Die Beantwortung der Nachfragen aus der nicht öffentlichen Sitzung des Werkausschusses Erfurter Sportbetrieb lag den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern mit Drucksache 2058/17 vor.

Weiterhin informierte Sie darüber, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 11.10.2017 die Drucksache bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0) hat.

An der Diskussion beteiligten sich zum Teil mehrfach:

- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, ging auf die zwei Optionen der Förderung ein. Laut vorliegender Drucksache, hat sich die Stadtverwaltung für die 90 prozentige Förderung entschieden. Die Voraussetzung für diese Förderung ist jedoch, dass die Stadt sich in einer Haushaltsnotlage befindet. Der Begriff Haushaltsnotlage sei genau definiert, daher bat er um eine Aussage, ob die Stadt Erfurt sich in einer Haushaltsnotlage befindet, ja oder nein. Weiterhin verwies er darauf, dass die Einschätzung der Haushaltsnotlage die Stadt selbst treffen muss und nicht das Thüringer Landesverwaltungsamt.
- Frau Pablich, Beigeordnete für Finanzen, ging auf die Frage von Herrn Panse ein und erklärte das Verfahren. Ob die Fördervoraussetzungen von der Stadt Erfurt erfüllt werden, wird der Fördermittelgeber entscheiden.
- Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, gab zu Protokoll, dass erst nach der Bewilligung durch den Bund auch Geld fließen wird. Hinsichtlich der Sanierung des Sportplatzgebäudes Essener Straße befindet sich die Stadt in einer Notlage. Da die Stadt nicht in der Lage ist, aus Eigenmitteln die Sportplatzgebäudes Essener Straße zu sanieren. Weiterhin verwies Sie auf den Gesamtkontext der Bewertung der Haushaltsnotlage und das versucht werden sollte, im Interesse der Sanierung des Sportplatzgebäudes Essener Straße, eine 90 Prozentige Förderung zu erhalten.

beschlossen Ja 27 Nein 0 Enthaltung 12 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Maßnahme "Sanierung Sportplatzgebäude Essener Straße 16" im Rahmen des Bundesprogrammes "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" mit einem Gesamtvolumen von 3.000.000 EUR (einschließlich 300.000 EUR Eigenmittel der Landeshauptstadt Erfurt) für die Bundesförderung 2017-2020.

**8.12.1. Nachfrage aus der nicht öffentlichen Sitzung WA ESB 2058/17
vom 28.09.2017 - TOP 4.1. Bundesprogramm "Sanierung
kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Ju-
gend und Kultur" - Sanierung Sportplatzgebäude Essener
Straße 16 (Drucksache 1484/17)**

zur Kenntnis genommen

8.13. Kooperationsvertrag Theater Erfurt und der Thüringen 1714/17
Philharmonie Gotha Eisenach
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass in der gemeinsamen Sitzung des Werkausschusses Theater Erfurt mit dem Kulturausschuss am 28.09.2017 der Kulturausschuss die Drucksache einstimmig bestätigt hat und der Werkausschuss Theater Erfurt die Drucksache bestätigt (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0) hat.

Wortmeldungen lagen nicht vor, somit stellte die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung.

beschlossen Ja 39 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Der Kooperationsvertrag zwischen dem Theater Erfurt und der Thüringen Philharmonie Gotha- Eisenach für die Jahre 2017-2024 gemäß Anlage 1 wird beschlossen.

Hinweis:

Der Kooperationsvertrag liegt der Niederschrift als Anlage 3 bei.

8.14. Boden gut machen 1716/17
Einr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

siehe Tagesordnungspunkt 2.

vertagt

8.15. Kreuzungsvereinbarung zwischen der DB Netz AG und 1809/17
der Landeshauptstadt Erfurt, Beseitigung Kreuzungsan-
lage Geschwister-Scholl-Straße und Iderhoffstraße
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Bau- und Verkehrsausschuss am 21.09.2017 die Drucksache einstimmig (Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) bestätigt hat.

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

Im Anschluss bat die Stadtratsvorsitzende die Fraktionsvorsitzenden gemäß § 1 Abs. 1 Geschäftsordnung nach vorn, um den weiteren Ablauf der Sitzung abzustimmen. Es wurden keine Anträge gemäß § 1 Abs. 1a bis d der Geschäftsordnung gestellt, somit erfolgte der reguläre Ablauf der Sitzung.

beschlossen Ja 42 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Kreuzungsvereinbarung zwischen der DB Netz AG und der Landeshauptstadt Erfurt für die Beseitigung der Kreuzungsanlage in der Geschwister-Scholl-Straße und der Iderhoffstraße.

Hinweis: Die Kreuzungsvereinbarung liegt der Niederschrift als Anlage 4 bei.

**8.16. Straffung der Verwaltungsstrukturen für den Petersberg 1819/17
Einr.: Fraktion CDU**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Stadtrat in seiner Sitzung am 06.09.2017 die Dringlichkeit nicht bestätigt hat. Die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und den fraktionslosen Mitgliedern vorlag. Es wurde von der Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN ein Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt angekündigt.

Zunächst begründet Herr Kallenbach, Fraktion CDU, die Drucksache und ging auf Erfahrung der Internationalen Gartenausstellung in Berlin ein. Seine Fraktion sei auch offen für die Betreibungsform.

Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN, beantragte die Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt und begründete dies.

Herr Metz, Fraktion SPD, sah Reserven für die BUGA und plädierte dafür, dass die Verwaltung ihre Arbeit macht. Eine Gründung eines Eigenbetriebes würde seiner Meinung nach zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Daher sollten die vorhandenen Strukturen genutzt werden.

Frau Dr. Glaß, Fraktion SPD, beantragte die Verweisung in den Ausschuss zur Vorbereitung Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor, somit wurde zunächst der Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja Stimmen	14
Nein Stimmen	21
Enthaltungen	2

Somit wurde der Antrag abgelehnt.

Anschließend lies die Stadtratsvorsitzende den Antrag auf Verweisung in den Ausschuss zur Vorbereitung Begleitung und Nachbereitung der Bundesgartenschau 2021 in Erfurt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja Stimmen 17
Nein Stimmen 20
Enthaltungen 0

Somit wurde der Antrag abgelehnt.

Abschließen wurde die Drucksache zur Abstimmung gestellt.

abgelehnt Ja 14 Nein 24 Enthaltung 1

8.17. 2. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2017 1827/17
Einr.: Oberbürgermeister

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 11.10.2017 die Drucksache einstimmig (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0) bestätigt hat.

Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 42 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss:

Den über-/außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen nach § 58 Abs. 1 ThürKO gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.

Hinweis: Die Anlage 1 ist der Niederschrift als Anlage 5 beigelegt

8.18. Mandatswechsel sachkundiger Bürger im Ausschuss 1885/17
Stadtentwicklung und Umwelt
Einr.: Fraktion CDU

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass keine Vorberatung stattgefunden hat. Entsprechend der Vereinbarung unter TOP 2 gab es keine Wortmeldungen und es erfolgte die sofortige Abstimmung zur Drucksache.

beschlossen Ja 42 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, ging auf ihre persönlichen Erfahrungen ein.
- Herr Prof. Dr. Merforth, fragte, ob die Erben zustimmen müssen. Daraufhin ging Herr Panse ein und verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung die anrät, die Zustimmung einzuholen. Weiterhin verweist die Stellungnahme der Verwaltung darauf, dass der Dokortitel bisher bei Straßenbenennungen nicht mit angegeben wurde. Er übernahm als Einreicher den Vorschlag der Verwaltung den Dokortitel nicht aufzuführen.
- Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE, verwies auf die differenzierten Meinungen zu Helmut Kohl. Er hätte mehr Zeit für eine politische Diskussion sowie einen interfraktionellen Antrag für eine Benennung befürwortet.
- Herr Dr. Beese, Fraktion SPD, befürwortet eine Verweisung in die Straßennamenkommission, dort könnte auch die Zustimmung der Erben abgefragt werden.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gab, stellte die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN auf Vertagung der Drucksache bis die Straßennamenkommission einen geeigneten Platz oder Straße für die Benennung dem Stadtrat empfohlen hat, zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
 Nein-Stimmen: 40
 Enthaltungen: 0
 Somit wurde der Antrag abgelehnt.

Anschließend wurde der Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit Drucksache 2182/17 zur Abstimmung aufgerufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 16
 Nein-Stimmen: 25
 Enthaltungen: 4
 Somit wurde der Antrag abgelehnt.

Abschließend wurde die Drucksache 1886/17 mit der Änderung im Beschlusswortlaut

01

*Der weitere Teilbereich der Straße Petersberg wird in ~~Dr.~~ **Helmut-Kohl-Straße** benannt.*

zur Abstimmung aufgerufen.

mit Änderungen beschlossen Ja 25 Nein 16 Enthaltung 5

Beschluss

Der weitere Teilbereich der Straße Petersberg wird in Helmut-Kohl-Straße benannt.

8.19.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Drucksache 1886/17 2182/17
Straßennamenbenennung nach Dr. Helmut Kohl

abgelehnt Ja 16 Nein 25 Enthaltung 4 Befangen 0

8.20. Erfurt beantragt zusätzliche Fördermittel im Bereich 1903/17
Klimaschutz
Eintr.: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass keine Vorberatung stattgefunden hat. Die Stellungnahme der Verwaltung lag allen Fraktionen und fraktionslosen Mitgliedern vor. Im Vorfeld wurde ein Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt von den Fraktionen CDU und FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN angekündigt.

Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, begründete den Antrag und wies darauf hin, dass der Antrag sich nur auf Neuanschaffungen von Fahrzeugen bezieht die sowieso angeschafft werden müssten.

Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN, erklärte keinen Antrag auf die Verweisung zu stellen. Seine Fraktion wird der Drucksache zustimmen.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, stellte den Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt, da noch offene Fragen zu klären sind.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, sah ebenfalls noch Missverständnisse und somit Beratungsbedarf im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, sah keinen Sinn in der Verweisung und begründete dies.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, stellte die Stadtratsvorsitzende den Antrag von Herrn Dr. Warweg auf Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis

Ja-Stimmen 35

Nein-Stimmen 10

Enthaltungen 0

Somit wurde die Drucksache in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt verwiesen.

Verwiesen in Ausschuss

8.21. **Ruhender Verkehr im GVZ**
Einr.: Ortsteilbürgermeister Azmannsdorf, Ortsteilbürgermeisterin Büßleben, Ortsteilbürgermeisterin Hochstedt, Ortsteilbürgermeister Linderbach, Ortsteilbürgermeister Vieselbach

2030/17

Die Stadtratsvorsitzenden gab bekannt, dass keine Vorberatung stattgefunden hat. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor. Weiterhin lag ein Antrag der Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN auf Verweisung in den Bau- und Verkehrsausschuss vor.

Zunächst verwies der Ortsteilbürgermeister Azmannsdorf, Herr Wenzel, auf die bekannten Probleme und dass diese bereits in den Ausschüssen diskutiert wurden. Er warb um Zustimmung zur Drucksache.

Herr Metz, Fraktion SPD, erklärte, dass seine Fraktion der Drucksache zustimmen wird. Er machte deutlich, dass dieses Problem kompliziert ist und voraussichtlich nur mit finanziellen Mitteln zu lösen ist.

Herr Kallenbach, Fraktion CDU, sah auch dringenden Handlungsbedarf.

Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler/ FDP / Piraten sah das gleiche Problem beim Gewerbegebiet ILZ West. Deshalb sollte das ILZ West mit betrachtet werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen stellte die Stadtratsvorsitzende den Antrag auf Verweisung in den Bau- und Verkehrsausschuss zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	2
Nein-Stimmen:	42
Enthaltungen:	2

Somit wurde der Antrag abgelehnt und die Stadtratsvorsitzende stellte die Drucksache zur Abstimmung.

beschlossen Ja 44 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Erfurter Stadtrat zu seiner April-Sitzung 2018 ein Konzept vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie mit dem ruhenden Lkw-Verkehr im GVZ bzw. in den angrenzenden Ortsteilen künftig umgegangen wird.

Dabei ist dem Ziel, einen Standort / eine Parkmöglichkeit mit entsprechenden hygienischen Rahmenbedingungen einzurichten, eine hohe Priorität einzuräumen. Die Belastungen der umliegenden Ortsteile sowie der angrenzenden Ausgleichsflächen sind so gering wie möglich zu halten.

Die betroffenen Ortsteile sind vorberatend einzubeziehen.

8.22. Verhinderung der Schwächung der Infrastruktur im Orts- 2052/17
teil Kerspleben durch die Schließung der Postbankfiliale
in Kerspleben
Einr.: Ortsteilbürgermeister Kerspleben

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem Tagesordnungspunkt 7.1 behandelt.

Der Ortsteilbürgermeister Kerspleben begründete den Antrag und zeigte die Probleme für den Ortsteil Kerspleben auf. Er bat um Unterstützung für sein Anliegen und beantragte die Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen.

In der weiteren Diskussion beteiligten sich zum Teil mehrfach:

- Der Oberbürgermeister verwies auf den geringen Einfluss der Stadtverwaltung auf diese Entscheidung der Postbank. Er zeigte seine Bereitschaft Gespräche mit der Postbank zu führen.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, zeigte sein Verständnis für das Problem, sah aber wenig Einflussmöglichkeiten der Stadt Erfurt auf die Entscheidung der Postbank. Seiner Meinung nach würde mit der Drucksache den Bürgern suggeriert werden, dass die Stadt Erfurt Einfluss auf die Entscheidung haben könnte. Er sprach sich daher gegen eine Verweisung in den Ausschuss aus.
- Herr Hose, Fraktion CDU, zeigte sein Verständnis für die Drucksache und sah eine Symbolwirkung für die Postbank.
- Herr Stassny, Fraktionsvorsitzender Freie Wähler/FDP/ Piraten, sprach sich für die Verweisung der Drucksache aus.
- Herr Henkel, sprach die angedacht Schließung der Postfiliale im Jahr 2005 auf. Diese Schließung konnte im Jahr 2005 ebenfalls verhindert werden.
- Herr Bärwolff, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE., zeigte seine Sichtweise auf.
- Herr Stampf, Fraktion fragte nach, wann die Gespräche des Oberbürgermeisters mit der Postbank stattfinden werden.
- Frau Faber-Steinfeld, Fraktion SPD, schloss sich im Namen ihrer Fraktion, den Ausführung von Herr Prof. Dr. Thumfart an. Sie begrüßte die zeitnahen Gespräche des Oberbürgermeisters mit der Postbank.
- Frau Gabor, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, sah einen geringen Einfluss der Stadt und begründete dies.

- Herr Metz, Fraktion SPD, beantragte, dass die Ergebnisse des Gespräches des Oberbürgermeisters mit der Postbank zur Schließung der Postbankfiliale in Kerspleben im Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile vorgestellt werden.
- Entgegen dessen beantragte Herr Henkel die Ergebnisvorstellung im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen und zog den Antrag auf Verweisung der Drucksache in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen zurück.

Die Stadtratsvorsitzende ließ abschließend über folgendes abstimmen.

Der Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beteiligungen soll über die Ergebnisse des Gespräches des Oberbürgermeisters mit der Postbank zur Schließung der Postbankfiliale in Kerspleben informiert werden.	Drucksache 2203/17
--	-----------------------

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 39
 Nein-Stimmen: 0
 Enthaltungen: 0

bestätigt.

Der Ortsteilbürgermeister Kerspleben zog daraufhin die Drucksache 2052/17 zurück.

zurückgezogen

8.23. Beitritt der Stadt Erfurt zum Netzwerk Biostädte 2066/17
Einr.: Fraktion SPD, Fraktion DIE LINKE., Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass es keine Vorberatung gab. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, begründete den Antrag und wies darauf hin, dass pro Fraktion ein Vertreter in das Steuerungsgremium entsandt werden soll. Weiterhin stellte er im Namen der Einreicher den Antrag die Beschlusspunkte 03 und 04 zu streichen.

Herr Prof. Dr. Thumfart, Vorsitzender der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, begrüßte die Drucksache.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, stellte die Stadtratsvorsitzende die Drucksache mit der Streichung der Beschlusspunkte 03 und 04 zur Abstimmung.

mit Änderungen beschlossen Ja 32 Nein 5 Enthaltung 6 Befangen 0

Beschluss

01

Die Stadt Erfurt tritt dem Netzwerk Bio-Städte bei.

02

Das „Steuerungsgremium Fairtrade Town Erfurt“ wird erweitert zum Steuerungsgremium „Fairtrade Town und Biostadt Erfurt“. In das Steuerungsgremium sendet jede Stadtratsfraktion eine/-n Vertreter/-in.

8.24. Übertragung Einwohneranfragen 2070/17
Einr.: Fraktion CDU, Fraktion DIE LINKE., Fraktion FREIE
WÄHLER/FDP/PIRATEN

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache nicht vorberaten wurde. Die Stellungnahme der Verwaltung lag den Fraktionen und den fraktionslosen Stadtratsmitgliedern vor.

Zunächst begründete Herr Stassny, Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN, die Drucksache und ging dabei auf die Stellungnahme der Verwaltung ein. Die Formulierung im Beschlusspunkt 01 sei von den Einreichern so beabsichtigt gewesen. Weiterhin erklärte er, dass es sich um die Audioübertragung handelt, da die Kamera nur das Präsidium aufzeichnet.

Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, zeigte die Zustimmung ihrer Fraktion zur Drucksache. Sie sah aber grundsätzlichen Beratungsbedarf zu diesem Thema, da die Übertragung nicht zufrieden stellend ist.

Die Stadtratsvorsitzende wies auf die eventuellen Probleme beim Ablauf der Stadtrats-sitzung hin.

Weiterhin ging Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, auf die Drucksache ein und gab Anregungen zur Darstellung des Live Streams.

Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., ging auf den Beschlusspunkt 01 ein. Seiner Meinung nach dürfte der Einwohner nur entscheiden, ob er im Bild übertragen wird.

Weiteren Wortmeldungen lagen nicht vor, somit stellte die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung.

beschlossen Ja 36 Nein 1 Enthaltung 6 Befangen 0

Beschluss

01

Spätestens ab dem 01.01.2018 werden die Einreicher von Einwohnerfragen im Rahmen der schriftlichen Beantwortung durch den Oberbürgermeister gefragt, ob sie einer Audio-Übertragung ihrer Nachfragen im Rahmen der Stadtratssitzung zustimmen. Die Frist zur Beantwortung dieser Nachfrage wird auf Freitag jeweils vor den Stadtratssitzungen gelegt, so dass die Verwaltung entsprechend Zeit hat, den Dienstleister für die Übertragung zu informieren.

02

Antwortet der Einreicher der Einwohneranfrage nicht fristgemäß, behält die jetzige Regelung weiterhin Bestand und es erfolgt keine Übertragung.

9. Informationen

Es lagen keine Informationen vor. Somit beendete die Stadtratsvorsitzende die öffentliche Sitzung.

gez. Pelke
Stadtratsvorsitzende

gez. Horn
stellv.

gez. 
Schriftführer